

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (rüh)

3. Jahrgang.

Freitag, 19. Oktober 1923.

Nr. 244.

Die Generalsdiktatur.

Ueber Deutschland ist der Ausnahmezustand verhängt. Damit ist die Macht in die Hände der Generale der Reichswehr gelegt, die sie handhaben wie es eben dem Geist altpreussischer Generale entspricht. Dieser Generalsgeist, dessen Horizont an den Grenzen des Exerzierplatzes aufhört, ist trotz allem, was sich in Deutschland vollzogen hat, unverändert geblieben. Die neueste Krise, die in Deutschland ausgebrochen ist, beweist dies schlagend: der kommandierende General Müller vom sächsischen Wehrkreiskommando hat sowohl den kommunistischen Betriebsrätekonferenz für Sachsen und Thüringen, als auch die proletarischen Hundertschaften und Aktionsausschüsse verbotenen, und er hat, als die sächsische Regierung diese Verfügung des Herrn Reichsgenerals nicht zur Kenntnis nehmen wollte, von ihr ultimativ bis zum gestrigen Tage eine unzweideutige Erklärung verlangt. Diese unerhörte Annäherung des Herrn Müller, der sich zu seiner Verfügung übrigens noch die Zustimmung der Reichsstellen geholt hat, bedeutet eine freche Herausforderung der Arbeiterschaft. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat darum an die Reichsregierung die Forderung nach Beseitigung des militärischen Belagerungszustandes gestellt, doch diese hat beschlossen, die Forderung abzulehnen, wodurch nicht nur zwischen der sächsischen und der Reichsregierung, sondern auch innerhalb dieser selbst ein Konflikt ausgebrochen ist, der geeignet ist, neue Unruhen und Gefahren zu schaffen.

Das Verbot der proletarischen Hundertschaften wird damit begründet, daß ein großer Teil der Bevölkerung, auch der Arbeiterschaft, stark unter dem Druck einer gewalttätigen Minderheit zu leiden habe; aus Gerichtsakten lägen Beweise vor, daß die sogenannten proletarischen Hundertschaften zum großen Teil den Rahmen für diese „Terror ausübende radikale Jugend“ abgeben. Eine Beseitigung der Verhältnisse könne nur durch Aufheben der Hundertschaften und aller anderen Selbstschutzorganisationen herbeigeführt werden.

Diese Begründung könnte Berechtigung haben, wenn sie für alle Teile des Reiches gelten und gegenüber allen Selbstschutzorganisationen zur Anwendung gelangen würde. Aber davon ist keine Rede. In Bayern wurde bisher das System des Terrors nicht nur gebildet, sondern direkt gefördert. Bewaffnete Hafenkreuzerhorden haben in ungezählten Fällen Verlamungshäuser und Gewerkschaftshäuser ganz nach faszistischem Muster gestürmt und verwüstet, und unter den Augen der Behörden haben die nationalen Kampfverbände ihre militärisch geschulten Banden Exerzier- und Schießübungen abhalten lassen. Das Terrortreiben der deutschnationalen Faschisten hat zahlreiche Menschenopfer gefordert, aber nie hat man davon gehört, daß die Verbrecher und Terroristen zur Verantwortung gezogen wurden, oder daß die bewaffneten Hitler-Banden, die es ganz offen auf die Vernichtung der republikanischen Verfassung abgesehen haben, mit dem Verbot ihrer Organisationen auch nur bedroht worden wären. Die Verfügung des Generals Müllers muß den Eindruck erwecken, daß gegenüber den Selbstschutzorganisationen mit zweierlei Maß gemessen wird, daß sie toleriert und unterstützt werden, wenn sie gegen die republikanische Staatsform gerichtet sind, daß sie dagegen der Auflösung verfallen und mit dem Bann belegt werden, wenn sie dem Schutze der sozialistischen Arbeiterschaft und der Republik dienen sollen. Duldbarkeit und Schwäche gegenüber den einen, dagegen Hervorhebung der „starken Hand“ gegenüber den andern — das ist das System, nach dem schon bisher in Deutschland regiert wurde und das jetzt unter dem Ausnahmezustand, unter der Diktatur der Generale, nur noch empörender und aufreizender sich gestaltet. Die Regierung will, wie sie versichert, eine demokratische sein, aber was sie tut, ist die Unterstützung der antirepublikanischen Tendenzen.

Das Kesseltreiben gegen das rote Sachsen.

Lügen der bürgerlichen Presse. — Die Berliner Parteileitung an der Seite Sachsens.

Berlin, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Da die sächsische Regierung auf das Ultimatum des Reichswehrgenerals Müller in Dresden nicht geantwortet hat, teilte dieser heute dem sächsischen Ministerpräsidenten mit, daß er die Angelegenheit zur weiteren Erledigung dem Reichswehrminister abgetreten habe. Im Zusammenhange mit diesem Konflikt zwischen Sachsen und dem Reich ist behauptet worden, daß der ultimative Brief des Generals Müller im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten, dem Reichslanzler und dem Reichswehrminister an die sächsische Regierung übergeben wurde; das trifft, soweit der Reichspräsident in Frage kommt, nicht zu. Der Reichspräsident hat von der Form des Briefes nicht die geringste Kenntnis gehabt; seine Zustimmung galt lediglich der Juchfrist an die sächsische Regierung, sich über die Erklärungen des Ministers Böttcher in Leipzig zu äußern. Der sächsische Ministerpräsident hat inzwischen an den General Müller einen Brief gerichtet, in dem er erklärt, nicht an die Austragung von Freistigefragen zu denken, und seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über die strittigen Punkte zum Ausdruck bringt. Da

die Reichsregierung ebenfalls bereit ist, dem „Krieg“ zwischen Dresden und Berlin ein Ende zu machen, dürfte der unerquickliche Konflikt bald eine für beide Teile erträgliche Lösung finden. Die Genossen Herrmann Müller und Otto Wels sprachen heute vormittags beim Reichspräsidenten vor und gaben ihrer Auffassung dahin Ausdruck, daß der zwischen Sachsen und dem Reich heraufbeschworene Konflikt unhaltbar sei und eine Änderung in der Taktik des Reichswehrministeriums gegenüber der sächsischen Regierung notwendig erscheine. Ein Kabinettsrat hat sich heute mit dem Konflikt nicht beschäftigt; alle anderslautenden Nachrichten sind falsch. Der „Vorwärts“ sagt, es muß unter allen Umständen darüber Klarheit bestehen, daß die sozialdemokratische Partei ultimative Schritte gegen die verfassungsmäßige sächsische Regierung nicht billigen kann. Gleich anderen Blättern ist der „Vorwärts“ der Ansicht, daß eine Entspannung in der Lage eingetreten ist, da Kräfte am Werke seien, um das Unheil zu beenden, das über Sachsen und dem Reich sich zusammenzuziehen droht.

Zeigners Enthüllungen im Landtag.

Schwarze Reichswehrorganisationen. — Sieben verheimlichte Mordtaten der illegalen Reichswehr. — Der Landtag fordert Gehlers Rücktritt.

Dresden, 18. Oktober. In der heutigen Sitzung des Landtages sprach sich zunächst der Innenminister Liebmann zugunsten der proletarischen Hundertschaften aus, die eine Stütze der Arbeiterschaft sein sollten. Hierauf kamen die angekündigten Enthüllungen über die Beziehungen zwischen Reichswehr und Geheimorganisationen mit einer kommunistischen Anfrage zur Verhandlung.

Unter allgemeiner Spannung ergriff Dr. Zeigner das Wort. Er erklärte, es sei notwendig, Stellung zu den Fragen der Reichswehr zu nehmen, obwohl jedes Wort in Frankreich seinen Widerhall finde. Frankreich sei aber ganz genau über alles unterrichtet durch seine Kontrollorgane und den Spionagedienst, denn der französische Frankens löse manche Junge. Vor wenigen Tagen seien die ersten Schritte Frankreichs in dieser Beziehung erfolgt, über die die Öffentlichkeit noch nicht unterrichtet sei. Selbstverständlich wolle er heute nicht so offen sprechen, wie er ursprünglich gewollt habe.

Er schilderte dann die jahrelangen Bemühungen der sächsischen Regierung zur Beseitigung der angeblichen Mißstände in der Reichswehr und erklärte: Die Beziehungen zwischen Reichswehr und Geheimorganisationen sind denkbare eng. Das Reich hat eine schwarze Organisation, ohne daß das Reichswehrministerium etwas davon weiß. In Berlin wurde mir erklärt, wenn ich über diese Dinge spreche, würde

man mit allen, aber auch mit allen Mitteln gegen mich vorgehen. Das waren Cunos Worte.

Ueber die Vorgänge in Rastatt sagte Zeigner, daß dort seit vielen Monaten in großen Massen Mannschaften ausgebildet worden seien. Wie er beweisen könne, seien dort in wenigen Tagen sieben Mordtaten verübt worden. Ende September und Anfang Oktober haben sich an 3000 Mann in Berlin, in Kottbus, Straßburg, Döberitz und Südben derartige schwarze Formationen erhoben oder erheben wollen, aber ihre Absichten seien durch das Eingreifen der preussischen Polizei vernichtet worden. Gegen die legale Reichswehr habe er nichts, wohl aber gegen die illegale, die sich aus Reichswehrgenossen rekrutiere, und die sich politische Macht anmaße. Seit April habe man feststellen müssen, daß im Lager von Königsdorf i. S. in vier bis sechs Wochen Kursen schwarze Reichswehr ausgebildet worden sei. Er könne viele Berichte darüber vorlegen.

Wenn monatelang Studenten ausgebildet werden, so handelte es sich nicht um die Beseitigung von Feindstellen. In Leipzig seien an einem Tage 1500 Mann eingekleidet und eingestellt worden. Es dies dem Reichswehrminister Gehler bekannt sei, wisse er nicht. In Schlesien, Pommern und Mecklenburg ähneln die Verhältnisse schon denen in Bayern. Man merke, daß sich der Faschismus allmählich nach

denn indem sie es duldet, daß die Generale der nationalistisch verfeuchten Reichswehr die proletarischen Hundertschaften auflösen, die gegenwärtig der einzige wirkliche Schutz der Republik und Demokratie sind, stellt sie sich direkt auf die Seite der geschworenen Feinde der Republik, denen sie den letzten Gegner aus dem Wege zu räumen sucht. Stresemann hat seine Regierung die letzte mögliche Versuchungsgewinnung genannt; daß er das Treiben der Reichswehrgeneräle duldet und deckt, das beweist, daß die letzte demokratische Regierung in Deutschland längst gewesen ist. Zum Glück wird der Streich des Generals Müller in seiner Wirkung einem Schlag ins Wasser gleichen. Formell können die proletarischen Hundertschaften wohl nach den Bestimmungen des Ausnahmezustandes aufgelöst werden, aber in der Tat werden sie auch ohne Genehmigung der hohen Behörden bestehen bleiben. Auf dem Papier kann der Herr gestrenge General die Auflösung versagen, in den Werkstätten und Betrieben aber werden

die Arbeiter den proletarischen Hundertschaften weiter treu bleiben und wenn es gilt, Notwehr zu üben, die politische Bewegungsfreiheit der Arbeiterbewegung zu schützen und die Republik vor Anschlägen der Rechtsputschisten zu verteidigen, zur Stelle sein.

Das deutsche Volk ist gegenwärtig durch die Schuld der Kreise, welche das Vaterlandsgesühl am stärksten betonen, in einem betrüblichen Zustand der Uneinigkeit und des Zerwürfnisses. Es scheint, daß die Zeit wiedergekehrt ist, da durch diese Uneinigkeit die Einheit des Reiches und Volkes gesprengt wurde. Die Heereien der Deutschnationalen haben den deutschen Namen mit Schmach beladen, Volk und Reich zum Gespötte der Welt gemacht. Die durch Stresemann errichtete Generalsdiktatur, welche plump und dumme die letzten Stützen der republikanischen Demokratie zu beseitigen sucht, kann ihnen den Rest geben. Mehr denn je bleibt daher die Wahrheit bestehen, daß nur durch die Geschlossenheit der Arbeiterklasse das Kergste verhütet werden kann.

Norden bewegt. Das könne zu einer Katastrophe für das Reich führen. Die Bestimmungen zur Schutze des Staates und der Republik stehen auf dem Papier. Aus diesen Organisationen seien zahlreiche politische Morde hervorgegangen. Es handle sich auch um die Frage der Zauberei der Verwaltung und der Justiz. Für den Ernstfall sei alles für den Kampf bis aufs Kleinste geregelt. 90 Prozent der Vorschriften beziehen sich auf einen Kampf im Innern und nur 10 Prozent auf einen Kampf nach außen.

Der deutsche Volksparteiler Kaiser erklärte auf die Einzelheiten nicht eingehen zu wollen, es gehe aus allem hervor, daß der Sinn für die Wehrhaftigkeit in Deutschland wieder erwache. Die Deutschnationalen erklärten, sich nicht an der Aussprache zu beteiligen, sie hielten die Mitteilungen Zeigners für offenen Landesverrat. Es sei bei unerlich, daß die Reichsregierung noch keine Mittel gefunden haben, die Immunität der Abgeordneten gegenüber Landesverrat aufzuheben. (Diese Bemerkung rief einen ungeborenen Lärm auf der Bank hervor.)

In der Schlussrede machte der Kommunist Reuner dem Ministerpräsidenten schwere Vorwürfe, daß er nicht sein ganzes Material vorgebracht habe; die Unruhen mühten rücksichtslos aufgedeckt werden.

Zum Schlusse wurde ein Antrag von links gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen, worin die sächsische Regierung beauftragt wird, bei der Reichsregierung den Rücktritt Gehlers zu fordern.

Zwei Kommunisten im Reichsrat.

Dresden, 18. Oktober. Die ersten Kommunisten treten jetzt in den Reichsrat, die oberste Vertretung der deutschen Länder, ein. Die sächsische Regierung hat den kommunistischen Finanzminister Böttcher und seinen Parteigenossen, den Wirtschaftsminister Sedert, zu Mitgliedern des Reichsrates ernannt.

Die deutsche Arbeiterschaft für Sachsen und Thüringen.

Generalkrieg, wenn gegen die roten Länder marschiert wird!

Berlin, 18. Oktober. Die erweiterten Ortsverwaltungen sämtlicher freigewerkschaftlicher Arbeiter, Angestellten und Beamtensorganisationen Groß-Berlins beschäftigten sich gestern mit der Lage in Sachsen. Es wurde eine Entschlieung angenommen, die für den Fall eines bewaffneten Vorgehens gegen das sächsische und das thüringische Proletariat die Proklamierung eines Generalkriegs in Aussicht stellt.

Bayerns Kriegsspielerei.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sachsen.

Berlin, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Bayern hat zu Sachsen die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Die sächsische Regierung hatte der bayrischen Regierung die Abberufung ihres bisherigen Geschäftsträgers mitgeteilt; und weitere Nachrichten wegen der Wiederbesetzung der sächsischen Gesandtschaft in München in Aussicht gestellt. Inzwischen hat die bayrische Regierung das sächsische Kabinett davon unterrichtet, daß sie, solange die Kommunisten in der sächsischen Regierung vertreten sind, nicht in der Lage sei, den neuen sächsischen Gesandten oder Geschäftsträger zu empfangen. Gleichzeitig hat Bayern seinen Gesandten bei der sächsischen Regierung von seinem Posten abberufen.

Für die proletarische Einheitsfront.

Die Verhandlungen mit den Kommunisten bis jetzt ergebnislos.

Berlin, 18. Oktober. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Sozialdemokratie und den Kommunisten über ein gemeinsames Vorgehen in politischen und gewerkschaftlichen Fragen, die in diesen Tagen in Berlin stattfanden, haben, wie die Blätter melden noch zu keinem Ergebnisse geführt, da über die von beiden Seiten aufgestellten Programme bis jetzt keine Einigung erzielt werden konnte.

Der bayrische General bekommt den Abchied.

Berlin, 18. Oktober. Wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst erfährt, wird der Kommandeur des bayrischen Wehrkreises, General Lossow, am Freitag vom Reichswehrminister abberufen werden.

Kriegsblat bei Muffern eingetroffen. Kaiserliches Willkomm im Kgl. Bayerlande.

Berlin, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Der durch den Staatsgerichtshof in Leipzig aus der Haft entlassene Kuffschienhändler Krieger, gegen den inzwischen von der sächsischen Regierung und dem Reichswehrminister neue Haftbefehle erlassen wurden, ist jetzt in München eingetroffen und hat sofort die Führung des nach ihm benannten Sturmtrupps der Nationalsozialisten übernommen. Dieses Ereignis soll morgen abends in einer besonderen Versammlung gefeiert werden, in der auch Hitler sprechen soll. Krieger hat die Feier in „geschlossener Form“ gestattet. Von dem neuerlichen Schutzhaftbefehl wollen die Münchener Behörden offiziell noch nichts erfahren haben!

Aus einem in der Nähe von Memmingen in Bayern gelegenen Pulvermagazin der Röll-Notenweilener Pulverfabrik wurde vor einigen Tagen ein großes Quantum Pulver und andere Gegenstände gestohlen. Die Memminger Polizei teilt mit, daß sie die Täter ermittelt habe, die auch geständig sind; es sind lauter Mitglieder der Nationalsozialisten. Das gestohlene Pulver konnte wieder beigebracht werden.

Der Bezirkshauptmann von Bad Reichenhall hatte durch Maueranschlag bekannt gegeben, daß die sozialistische Arbeiterwehr ihre Waffen bis Montag vier Uhr abzuliefern habe. Dienstag traf eine Abteilung Landespolizei ein, besetzte das in einer Wirtschaft gelegene Arbeiterheim, suchte vergeblich nach Waffen und verbotenen Schriften und verhaftete schließlich einen sozialistischen Führer.

Der Achtstundentag bleibt.

Berlin, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Eine eigene Kommission der Koalitionsparteien befaßt sich gegenwärtig mit der Vorbereitung des Arbeitszeitgesetzes. Voraussichtlich wird in der endgültigen Fassung des Gesetzes der Achtstundentag grundsätzlich aufrechterhalten, im Bergbau und in den besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben eine Arbeitszeit bis acht Stunden, in den übrigen Betrieben Ueberstunden bis zu neun oder zehn Stunden zugelassen werden. Die verlängerte Arbeitszeit muß durch tarifliche Vereinbarungen, eventuell auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens oder durch Arbeitsminister angeordnet werden.

Sechs Tote in Mannheim.

Berlin, 18. Oktober. Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet aus Mannheim, daß sich die Lage dort verschärft habe, da die Betriebsräte wegen des Vorgehens der Polizei einen Proteststreik beschlossen. Im Laufe des gestrigen Nachmittages kam es zu Ausschreitungen, so daß die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch machen mußte. Sechs Tote und 20 Verwundete seien in das Krankenhaus geschafft worden.

Mannheim, 18. Oktober. (Wolff.) Infolge der Unruhen der letzten Tage hat der babilische Innenminister über Mannheim den Ausnahmezustand verhängt.

Neue Phantasielitze.

Die Tschechkrone springt von 162 auf 264 Millionen Mark!

Berlin, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Auch die neuen Währungsmaßnahmen der Regierung haben es nicht vermocht, den weiteren Marksturz aufzuhalten. Es kam heute an der Berliner Börse zu neuen rapiden Kurssteigerungen, bei denen selbst ein Interventionsversuch der Reichsbank versagte. Der Dollar stieg von 5,5 auf 8,1, das englische Pfund von 25 auf 37 Milliarden, die tschechische Krone von 162 auf 264 Millionen.

100-Milliardennoten!

Berlin, 18. Oktober. Nachdem vor kurzem 50-Milliardennoten in den Verkehr gebracht wurden, werden, wie das „8 Uhr Abendblatt“ meldet, in wenigen Tagen 100-Milliardennoten erscheinen.

Die deutsche Polizei forscher als die französische Soldateska?

Paris, 18. Oktober. (Savas.) „Le Matin“ meldet, daß Poincaré den General Depoutte beauftragte, das scharfe Vorgehen der deutschen Polizei gegen Arbeitslose einzustellen zu lassen. Wie dasselbe Blatt erfährt, wird das französische Parlament für den 13. November einberufen werden.

Poincaré lehnt Verhandlungen mit Berlin ab.

Paris, 17. Oktober. (Savas.) Der deutsche Charge d'Affaires in Paris Joseph las Poincaré eine Denkschrift vor, in welcher die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands geschildert werden, und leitete sodann das Gespräch auf die Sachlieferungen. Poincaré verwies auf die Unmöglichkeit, über diese Frage gegenwärtig zu diskutieren. Er wird mit Berlin erst dann verhandeln, wenn die Arbeit im Ruhrgebiet wieder aufgenommen werden wird und wenn die deutschen Sachlieferungen und Zahlungen wiederumeinlaufen werden. Sösch sprach sodann über die Aufhebung der Kohlensteuer und über die der Beamenschaft im Ruhrgebiete erteilten Instruktionen.

Berlin, 18. Oktober. Zu der ablehnenden Antwort Poincarés an den deutschen Geschäftsträger

bermerkt das Organ des Reichskanzlers, die „Zeit“, die Politik des französischen Ministerpräsidenten läuft darauf hinaus, die deutsche Regierung von allen Mitbestimmungsrechten am Rhein und Ruhr auszuschließen, ihr aber gleichzeitig alle Lasten finanzieller und materieller Natur aufzubürden, die aus der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit erwachsen. Diese Zunahme ist politisch vollkommen unerträglich, aber auch materiell ein Ding der Unmöglichkeit, denn die deutsche Regierung ist unter keinen Umständen in der Lage, die finanziellen Verpflichtungen zu übernehmen, die mit der Wiederaufnahme der Reparationsverpflichtungen verbunden sind. Lassen die Entenmächte den Dingen ihren Lauf, so wird der Augenblick nicht ferne sein, in dem Deutschland überhaupt alle seine Entschädigungsleistungen einstellen muß.

Ueberreichung einer Denkschrift an die Reparationskommission.

Berlin, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Die Reichsregierung wird schon in den aller-nächsten Tagen der Reparationskommission eine ausführliche Denkschrift überreichen; inhaltlich deckt sich dieser Vorschlag an die Reparationskommission mit den Anforderungen, die der Reichskanzler über die Lösung des Reparationsproblems wiederholt in der Öffentlichkeit geäußert hat. Außerdem dürfte die Regierung der Denkschrift eine ausführliche Schilderung über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands hinzufügen.

Inländische Freiheit.

Wie man sich nach berücksichtigtem Muster unangelegener Abgeordneter entledigt.

Helsingfors, 17. Oktober. Der Reichstag trat heute nach den Ferien wieder zusammen. Der Reichstagspräsident teilte mit, das Hofgericht in Åbo habe an den Präsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem es erklärt, alle Mitglieder der kommunistischen Reichstagspartei würden wegen „hochverrätherischer Antriebe“ unter Anklage gestellt werden. Das Hofgericht habe daher verfügt, daß die im August verhafteten kommunistischen Abgeordneten weiter in Haft zu behalten und die noch freigebliebenen fünf kommunistischen Abgeordneten zu verhaften sind.

Jugoslawiens Forderungen an Bulgarien.

Sofia, 18. Oktober. Die jugoslawische Delegation teilte heute die Gesamtsumme der bulgarischen Requisitionen mit, welche sehr hoch ist und einige Male den von Bulgarien angebotenen Betrag übersteigt. Trotzdem besteht die Hoffnung, daß durch gegenseitige Zugeständnisse der Konflikt seine Lösung finden wird. Die jugoslawische Delegation hat die Sequestrierung bulgarischen Eigentums in Serbien annulliert, wodurch eine der wichtigsten Fragen, welche die Bulgaren lange Zeit beunruhigt hat, erledigt ist.

Die Drofflung des deutschen Volksschulwesens in Böhmen.

Der Landeschulrat für Böhmen scheint einen besonderen Ehrgeiz darin zu erblicken, daß er die zur Verbesserung der organisatorischen Verhältnisse des Schulwesens in der Tschechoslowakischen Republik im Kleinen Schulgesetz enthaltenen Bestimmungen über die Herabsetzung der Schülerzahl als Mittel zur Auflösung der bestehenden provisorischen Klassen an deutschen Schulen verwendet.

Schon im Mai dieses Jahres hat er einen Erlaß an die Bezirksschulräte Böhmens ergangen lassen, in dem er grundsätzlich die Auflösung der provisorischen Parallelklassen anordnet, die weniger als 80 Kinder aufweisen. Und mit Erlaß vom 29. September dieses Jahres wurde dieser Erlaß dahin erläutert, daß aus besonderen Entgegenkommen wohl die provisorischen Klassen mit mindestens 75 Kindern bestehen bleiben dürfen, daß aber alle anderen provisorischen Klassen, die eine geringere Schülerzahl aufweisen, aufzulassen sind. Wohl können Ausnahmen ausnahmsweise um Befassung einer provisorischen Klasse auch bei einer geringeren Schülerzahl eingebracht und eventuell günstig erledigt werden, doch bleibt die Klasse solange geschlossen, bis die ordnungsmäßige Bewilligung auf Neueinrichtung eingelangt ist.

Das ganze großmütige Getue vermag aber nur schlecht die Schulfreudigkeit, vor allem die Mißgunst gegenüber dem deutschen Schulwesen des Landes zu verbergen, die hinter deren Erläßen steckt.

Das Kleine Schulgesetz enthält nämlich in Paragraph 7, Absatz 2, eine Bestimmung, welche besagt, daß die Vorschriften dieses Gesetzes über die Schülerzahl, die in den Paragraphen 5 und 6, Absatz 2, enthalten sind, nicht dazu verwendet werden, bereits errichtete Klassen aufzuheben oder zu vereinigen, sobald nach ihrer Aufhebung oder Vereinigung die Zahl der Kinder in einer Klasse über 60 steigen würde.

Der Landeschulrat für Böhmen hat sich nun die Auffassung zurechtgelegt, daß diese Bestimmung, welche die Aufhebung von Klassen verhindern oder doch erschweren soll, nur für die definitiven, aber nicht für die provisorisch errichteten Klassen gelten soll.

Um die ganze juristische Unmöglichkeit dieser Auffassung zu erkennen, ist es notwendig, sich die Vorschriften des Kleinen Schulgesetzes über die Schülerzahlen ein wenig näher anzusehen.

Das Kleine Schulgesetz ordnet grundsätzlich die Herabminderung der Schülerzahl jeder Klasse von 80 auf 60, an einklassigen Schulen mit 50 an. Daß diese Schülerzahl noch immer unverhältnismäßig hoch ist, und im Vergleich zu den anderen Staaten bestmündig wirken muß, ist klar, und wurde von uns schon oft und oft erklärt. War doch sogar nach dem früheren ungarischen Schulgesetz die Schülerzahl für die Slowakei in einer Bürgerschulklasse mit 50 festgesetzt! Für die Beurteilung des Vorgehens der Landeschulräte, die, nachdem das Gesetz nun einmal da ist, nur nach juristischen Gesichtspunkten erfolgen kann, müssen jetzt derartige Erwägungen freilich außer Betracht bleiben.

Leider hat das Gesetz den kleinen Fortschritt, den die Herabsetzung der Schülerzahl von 80 auf 60 bedeutet, auch noch auf zehn Jahre erstreckt, denn erst mit Beginn des Schuljahres 1932-33 darf wirklich keine Klasse mehr als 60 Kinder aufweisen. Für die Uebergangszeit gelten Sonderbestimmungen und zwar wird die Schülerzahl bis zum Schuljahr 1926-27 mit 80 beibehalten und für das Schuljahr 1927-28 bis 1931-32 mit 70 (an einklassigen Volksschulen mit 65) festgesetzt. Wird die festgesetzte Höchstzahl in einer Klasse überschritten, so wird nach Paragraph 5, Absatz 2, und Paragraph 6, Absatz 2, an der betreffenden Volks-, beziehungsweise Bürgerschule eine provisorische Parallelklasse errichtet, die nach dreijährigem Bestehen in eine definitive umzuwandeln ist.

Der Paragraph 7, Absatz 2, enthält nun für die Uebergangszeit die bereits erwähnte Schülerbestimmung, daß die Vorschriften des Paragraphen 5, Absatz 1 und 2 (für Volksschulen), und der Paragraph 6, Absatz 1 und 2 (für Bürgerschulen), nicht dazu benützt werden dürfen, um bereits errichtete Klassen aufzugeben oder zu vereinigen, wenn durch diese Aufhebung oder Vereinigung die Zahl der Kinder in einer Klasse unter 60 steigen würde.

Diese Bestimmung — so behauptet der Landeschulrat für Böhmen — bezieht sich nicht auf provisorische, sondern lediglich auf definitiv errichtete Klassen und daher könne jede provisorische Klasse aufgelöst werden, sobald sie weniger als 80 Kinder enthält. Läßt sie der Landeschulrat bei 75 Kindern dennoch weiter bestehen, so sei dies eine „Gnade“, die natürlich nur nach freiem Ermessen erteilt und auch jederzeit widerrufen werden kann.

Bei genauer Betrachtung aber erweitert sich diese Auffassung als eine nachteilige Ungelegenheit. Die im Streit stehende Schülerbestimmung des Paragraphen 1, Absatz 2, spricht ausdrücklich aus, daß keine bereits errichtete Klasse aufgelöst werden darf, sobald durch diese Maßnahme in einer anderen Klasse die Schülerzahl auf mehr als 60 steigen würde. Es gilt also, an der Hand des Gesetzes nachzuforschen, welche Klasse nach dessen Sinn als „errichtete“ angesehen werden und ob der Begriff „errichtete Klassen“ wirklich dahin ausgelegt werden kann, daß nur definitive Klassen darunter verstanden werden können.

Nun sagt Paragraph 5, Absatz 2, des Kleinen Schulgesetzes wörtlich: „Wenn die Kinderzahl in einer Klasse einer Volksschule in dem betreffenden Jahre die entsprechende, im Absatz 1 angeführte Höchstzahl übersteigt (die oben angegeben ist) übersteigt, und wenn sich die Ueberfüllung der Klasse nicht durch zulässige Änderungen in der Einreihung der Kinder beseitigen läßt (worüber der zuständige Schulinspektor entscheidet), wird in der Schule eine weitere und zwar provisorische Klasse errichtet. Besteht die provisorische Klasse an der Volksschule auch drei Jahre, so wird sie in eine definitive Klasse umgewandelt.“ Die gleiche Bestimmung enthält Paragraph 6, Absatz 2, für die Bürgerschulen.

Das Gesetz meint also — wenn es von der Errichtung von Klassen spricht — vorweg nur provisorische Klassen, und wenn es die Schaffung definitiver Klassen im Auge hat, bedeutet es sich der Bezeichnung „Umwandlung“. Es ist also klar, daß daher der Gesetzgeber auch in der Schülerbestimmung des Paragraphen 7, Absatz 2, unter den bereits errichteten Klassen genau so wie in den Paragraphen 5 und 6, Absatz 2, die provisorischen Klassen gemeint hat. Es fallen daher auch diese unter die Schülerbestimmung des Paragraphen 7, Absatz 2, das heißt, sie dürfen nicht geschlossen werden, sobald dadurch in einer anderen Klasse die Schülerzahl über 60 steigen würde.

Dieser Gesetzentwurf ist daher in dem Landeschulrat-Erlaß vom 29. September dieses Jahres in einer dem Sinne des Gesetzes gänzlich widersprechenden Weise ausgelegt worden, um nur den verhafteten deutschen Schulen eine Reihe von Klassen sperren und dafür in anderen Klassen eine Ueberfüllung herbeiführen zu können, die das Gesetz ausdrücklich verbietet.

Das Gesetz gibt nun den Ortschulräten die Möglichkeit, sich gegen einen derartigen ungesetzlichen Vorgang zu wehren. Die Aufstellungen nimmt — wenn auch über Auftrag des Landeschulrates — der Bezirkschulrat vor. Beschwerden gegen Entscheidungen des Bezirkschulrates sind nach Paragraph 36 des böhmischen Schulgesetzes beim Bezirkschulrat einzubringen und haben aufschiebende Wirkung, das heißt, vor der Erledigung der Beschwerde darf die angefochtene Verfügung nicht vollzogen werden. Gegen die zu erwartende abweisende Entscheidung des Landeschulrates ist wieder binnen 14 Tagen der beim Bezirkschulrat einzubringende Refus an das Schulministerium zulässig, der gleichfalls aufschiebende Wirkung hat. So muß also in allen Fällen, wo

rechtzeitig der Beschwerdegegner betreten wird, die Klasse bis zum Herablangen der Ministerialentscheidung bestehen bleiben. Der Schulausschuß des Bundes der deutschen Selbstverwaltungskörper aber wird zweifellos den Weg an das Oberste Verwaltungsgericht betreten, das den Schulbehörden hoffentlich das Ungelegliche ihres Vorgehens klar machen wird.

Inland.

Keine Spur von der parlamentarischen Behandlung der Sozialversicherung!

Sitzung des Senatspräsidiums.

Gestern trat um zwei Uhr nachmittags das Präsidium des Senates zu einer Sitzung zusammen, der auch das von uns bereits veröffentlichte Schreiben der deutschen sozialdemokratischen Senatoren hinsichtlich der Einberufung des Senates vorlag. Präsident Praesel teilte mit, daß der Senat gleich dem Abgeordnetenhaus auf den 10. Oktober einberufen wurde. Die frühere Einberufung des Parlamentes war deswegen nicht möglich, weil die Zusammenstellung des Budgets, besonders die an diesem vorgenommenen Abstriche, lange Zeit in Anspruch nahm und dies auch insbesondere deshalb, weil der Ministerpräsident Schöla in Karlsbad weilte, wohnt sich die Minister zur Berichterstattung über das Budget begeben mußten.

Vizepräsident Soukup verlangte vom Präsidenten, er möge dafür Sorge tragen, daß der Senat nicht harrig arbeiten müsse, was dadurch geschehen soll, daß der Präsident vom Abgeordnetenhauspräsidenten die rechtzeitige Ueberweisung der von diesem angenommenen Vorlagen verlangen müsse.

Vizepräsident Genosse Riechener verwahrte sich gegen die Art der Budgetbehandlung, wie sie nimmer zum drittenmale gehandhabt werden soll, obzwar von Jahr zu Jahr eine Besserung in Aussicht gestellt wird. Die Opposition habe bisher die störungslose Behandlung des Budgets immer ermöglicht, aber Genosse Riechener warnt davor, dieses Entgegenkommen der Opposition auszunutzen und die oppositionellen Parteien unnötig zu reizen. Riechener weist darauf hin, daß immer nur von der Möglichkeit der Budgetbehandlung gesprochen werde während von der parlamentarischen Beratung der Sozialversicherung keine Rede ist. Der Arbeiterschaft wird sich berechnete Erbitterung bemächtigen, wenn sie erfahren wird, wie mit ihren Lebensinteressen in diesem Parlamente umgegangen wird. Vor den Gemeinderäten wurde von der Sozialversicherung sehr viel gesprochen und jetzt nach den Wahlen schweigen sich die Regierungsparteien aus. Es hat sich also gewiß den Regierungsparteien nur um ein Wahlmandat gehandelt.

In seinem Schlusswort versicherte Präsident Praesel, daß die Art der Budgetberatung keine Zwänge gegen die Opposition bilde und daß dem Senate noch genügend Zeit zur Budgetberatung übrig bleiben werde. Drei Wochen werde sich der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses und zwei Wochen das Plenum des Abgeordnetenhauses mit dem Staatsvoranschlag befassen.

Es kann also in der zweiten Dezemberwoche das Budget in den Senat gelangen; es bleibt für dessen Behandlung immerhin Zeit übrig, aber von der Sozialversicherung kann unter diesen Umständen natürlich keine Rede sein.

Ein Erfolg unserer Genossen im Joachimsthaler Stadtrat. In der ersten Stadtratssitzung des neugewählten Stadtrates von St. Joachimsthal stellten die sozialistischen Stadträte den Antrag, den streikenden Bergarbeitern die Sympathie der Stadtgemeinde auszudrücken, ihnen als wertvolle Unterstützung 5000 Kronen aus Gemeindemitteln zu spenden und überdies eine Sammlung unter der Bevölkerung der Stadt einzuleiten. Der Antrag rief unter den Bürgersichen eine Verwirrung hervor, und sie versuchten, durch seine Verflechtung den Antrag zu Fall zu bringen. Infolge unserer feierlichen Veröffentlichung, in welcher besonders das arbeitereidliche Verhalten der Nationalsozialisten dargelegt wurde, besannen sich die Nationalsozialisten eines Besseren und so gelangte dann der sozialistische Antrag, als ihn unsere Genossen in der zweiten Stadtratssitzung wiederholten, zur Annahme. Ein Aufschrei der Nationalsozialisten, der dahinlief, 2000 Kronen den Gewerkschaften und 3000 Kronen irgend einer uns nicht näher bekannten Sammelstelle in Gablonz zu widmen, wurde nach den Ausführungen unserer Genossen im Stadtrat zurückgegriffen und der Gesamtbetrag von 5000 Kronen dem Revierstreikomitee in Falkenau zur Verfügung gestellt. Bezeichnend ist das Verhalten der Gewerkschaft, welche auch in der zweiten Sitzung hartköpfig auf der Ablehnung des Antrages bestand, obwohl doch gerade die Gewerbetreibenden fast durchwegs auf die Arbeiterschaft angezogen sind.

Eine deutschbürgerliche Pötte? Der landhüberrliche Abgeordnete Mäher, der in der letzten Zeit die Rolle des Protagonisten im deutschbürgerlichen Chorgesang auf Wiedererrichtung der parlamentarischen Einheitsfront übernommen hat, leitete in der gestrigen „Deutschen Landpost“ neuerdings über dieses Thema. Er erzählt, „im persönlichen Verkehr“ deutschbürgerlicher Parlamentarier sei zum Ausdruck gekommen, „daß die frühere gewählte Form des parlamentarischen Verbandes eigentlich nicht geeignet ist“. Mayer meint, daß in der parlamentarischen Zusammenfassung der deutschbürgerlichen Parteien nicht die Klubs als solche vertreten sein müssen, es genüge vielmehr, wenn

Die Klubs Delegierte in diese Vertretung bestimmen, die die gemeinsame Taktik zu beraten und zu beschließen hätte. Das heißt also, daß beispielsweise die Klubs der Bündler, Deutschnationalen, Christlichsozialen, Nationalsozialisten und Deutschdemokraten je einen Abgeordneten bestimmen, und daß die fünf dann zusammen sich über die Taktik einigen. An die Stelle des vertriebenen parlamentarischen Verbandes soll also eine deutsche Pötkla treten. Der Klub der Abgeordneten und Senatoren des Bundes der Landwirte hat, wie gemeldet wird, die Anregungen Mayers bereits „eingehend beraten“. Mit welchem Erfolg, wird nicht berichtet. Kein Zweifel aber, der Vorschlag des Abgeordneten Mayer ist das Ei des Kolumbus für die deutschbürgerlichen Parteien, die untereinander ein bißchen böse sind und sich nicht zu helfen wissen. Es ist darum möglich, daß sie sich für die Pötkla entscheiden werden. Wenn sie nach ein paar Monaten wieder aus dem Leim geht, kann man dann, nach ein paar weiteren Monaten Sozialens, wiederum den Nationalverband eröffnen und so weiter zur Freude des abwechslungsbedürftigen Bürgermeisters.

Der gestrige Ministerrat hat unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Suchla definitiv den Staatsvoranschlag durchberaten. Er weist nach den in den Posten der einzelnen Ministerien durchgeführten Reduktionen angeblich eine weit kleinere Ziffer aus, als ursprünglich festgesetzt war. Es wird versichert, daß die Reduktion drei Milliarden ausmacht.

Ein Streit um das Bodenreformministerium ist zwischen und innerhalb der Koalitionsparteien entbrannt. Die von gestern veröffentlichte Ankündigung der tschechischen Agrarier, in der diese erkläre, sich nicht gegen die Umwandlung des Bodenamtes in ein Ministerium zu stellen, hat zur Folge, daß einige Parteien, welche bisher für diese Umwandlung waren, jetzt plötzlich gegen die Gründung eines neuen Ministeriums eintreten. Ein Teil der Nationaldemokraten, die seinerzeit im Parlament einen Antrag auf Umwandlung des Bodenamtes in ein Ministerium stellten und außerdem durch Krampf dieses Verlangens in der „Pötkla“ vortrugen, stellt sich jetzt auf einen anderen Standpunkt. Die landwirtschaftliche Kommission des nationaldemokratischen parlamentarischen Klubs erläßt eine Kundgebung, in der sie grundsätzlich gegen die Umwandlung des staatlichen Bodenamtes in ein Ministerium Stellung nimmt und nur eine Reorganisation des Bodenamtes verlangt, einerseits durch die Erweiterung des Präsidiums, andererseits durch Änderungen in seinem Verwaltungsausschuß. Dieses Umschwenken der Nationaldemokraten ist wohl dadurch erklärlich, daß der Posten des Bodenreformministers von einem Agrarier besetzt werden soll, während die Nationaldemokraten immer hofften, daß ihnen der neue Ministerposten zufallen wird. Den Agrariern handelt es sich wiederum bei der Schaffung des Ministeriums darum, den Einfluß der übrigen Koalitionsparteien auf die Bodenreform auszuscheiden. Die Haltung der tschechischen Nationalsozialisten ist nicht ganz klar. Der Abgeordnete Laube, der um seine Vizepräsidentenstelle im Bodenamt bangt, ist für die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes. Daher brachte auch das Abendblatt des „Ceske Slovo“ den Beschluß der Nationaldemokraten gegen die Umwandlung des Ministeriums. Das Morgenblatt des „Ceske Slovo“ ist aber anderer Meinung und enthält einen Artikel für die Schaffung eines Ministeriums. Hinter diesem Artikel stehen die persönlichen Feinde Laubes, vor allem der Senator Bish und Frau Zemin. Da die Agrarier auf der Gründung des Bodenreformministeriums unter allen Umständen bestehen wollen, und in der tschechischen nationaldemokratischen Partei, trotz des Beschlusses ihres landwirtschaftlichen Ausschusses, eine Strömung für die Schaffung des Ministeriums vorhanden ist, dürfte es dazu alsbald kommen.

Die Umwandlung der Kriegsanleihe in Staatsanleihe. Mehrere politische Bezirksverwaltungen haben den Gemeindevätern mitgeteilt, daß die Landesbank in Prag bereit sei, den Kriegsanleihebesitz der Stützungen in vierte Staatsanleihe durch Kreditgewährung umzuwandeln und bei beliebigen Kriegsanleihen auch mit den Gläubigern über einen vorteilhaften Vergleich zu verhandeln. Es ist klar, daß es sich auch hier wieder um einen Versuch der Regierung handelt, einzelne Gruppen der Kriegsanleihebesitzer zu getrennten Verhandlungen über die Umwandlung der Kriegsanleihe in vierte Staatsanleihe zu bewegen. Die Frage, ob das Anbot der Landesbank für die in Betracht kommenden Stützungen vorteilhaft ist oder nicht, kann selbstverständlich nur nach Maßgabe der einzelnen Fälle beantwortet werden, dagegen sollten es die Gemeindeväter grundsätzlich ablehnen, sich von den politischen Behörden zu Maßnahmen verleiten zu lassen, die nicht in ihren Wirkungsbereich fallen. Diesbezüglich aber stehen die Dinge so, daß die politischen Behörden die Gemeinden auffordern: alle Stützungen im Gemeindebereich auf das „vorteilhafte“ Anbot der Landesbank aufmerksam zu machen und ihnen die Beteiligung an diesem Anbot zu „empfehlen“, ein Verzeichnis der Stützungen zu verfassen und vorzulegen und über ihre Maßnahmen zu berichten. Die Gemeinden haben mit den Stützungen an sich gar nichts zu tun und es besteht keine gesetzliche Vorschrift, welche die Gemeinden verpflichten würde, den erwähnten „Aufträgen“ nachzukommen, ja, die Gemeinden müssen es sogar im Interesse der Stützungen selbst ablehnen, Anbote als „vorteilhaft“ anzupreisen und die Stützungsverwalter so allenfalls irrezuführen, so lange sie sich nicht selbst die Kenntnis

von dieser „Vorteilhaftigkeit“ verschafft haben. Das ist aber nicht Aufgabe der Gemeinden, sondern Aufgabe derer, die das Stützungsvermögen verwalten. Ebenfalls sind die Gemeinden verpflichtet, Verzeichnisse von Stützungen vorzulegen und sie können dies bezüglich der politischen Verwaltung mit Recht auf die diesbezüglichen Aufzeichnungen der Stützungsbehörden verweisen. Eine Tätigkeit der Gemeinden kommt nur bezüglich jener Stützungen in Betracht, welche sich in der Verwaltung der Gemeinde befinden. In dieser Beziehung treffen die Bestimmungen über die Verwaltung und Aufsichtung der Stützungen zu und es wird Sache der Gemeindeverwaltungen sein, sich über die Vorteile oder Nachteile klar zu werden, welche das Anbot der Landesbank bietet. Auf keinen Fall aber sollten die einzelnen gemeindeväterlichen Stützungsverwaltungen getrennt in die Verhandlungen eintreten, sondern eine alle mit der gemeinsamen Durchführung der Verhandlungen mit der Landesbank betrauen. Dieser würde sich wohl in erster Reihe der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper in Prag-Schönau ergaen, da dieser Verband ohnedies mit der Beurteilung der Umwandlung des gemeindeväterlichen Kriegsanleihebesitzes in vierte Staatsanleihe beschäftigt ist.

Tages-Neuigkeiten.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten.

Gestern erließen die Durchführungsvorordnung zum Gesetz über die Geschlechtskrankheiten. Die Verordnung legt die Pflicht fest, sich bei Syphilis, Tripper und weichen Geschwüren heilen zu lassen, sofern diese Krankheiten im Stadium der Ansteckung sind oder Befürchtungen erwecken, daß solche Gefahr besteht. Weiter wird die Behörde nach Paragraph 23 des Gesetzes ermächtigt, bei gewissen Personen, bei denen eine geschlechtliche Erkrankung festgestellt wurde und welche geschlechtlichen Verkehr mit häufigem Wechsel und gegen Entgelt betreiben oder den Behörden durch ihr liciebles Leben bekannt sind, ferner die in ihrem Verufe die Ansteckung, so lange sie nicht vollständig geheilt sind, weiter verbreiten könnten (Masseur, Gastwirte, Kellner, Lebensmittelherzeuger, Hebammen, Krankenschwestern usw.) oder die Mitwohnenden bedrohen könnten (Dienstpersonen, Bettgeher, Lehrlinge, Angestellte usw.), ein besonderes Verfahren einzuleiten. Dabei sind anonyme und Anzeigen vertrauenswürdig Personen an und für sich nicht geeignet, um eine Anordnung ärztlicher Untersuchung zu veranlassen, wohl aber wenn ein anderer Verdachtsgrund (liciebles Leben, Jubiliter) vorliegt. Die Behörde kann die ärztliche Untersuchung anordnen, doch kann dem Betroffenen gestattet werden, sich auf eigene Kosten von seinem (womöglich Spezial-) Arzte untersuchen zu lassen und das Zeugnis vorzulegen. In zweifelhaften Fällen kann der Amtsarzt ärztliche oder Fachmenschliche anordnen. Bei Saumnis kann der Untersuchende einer öffentlichen Zeitanstalt übergeben werden, was auch in dem Falle geschieht, wo eine Weiterverbreitung der Krankheit droht. Die Verordnung enthält weiter Bestimmungen über die spätere Untersuchung, die Pflichten des Arztes (Warnung vor Heirat und Uebergabe einer gedruckten Belehrung gegen Beschädigung und Mitteilung der Folgen und Strafen, Bestrafung des Patienten nach der Quelle der Ansteckung und jährliche Anzeige an die Behörde). Alle Verhandlungen sind genau, aber mit Rücksicht und Schonung zu führen, damit der Betroffene einsehe, daß es sich nur um familiäre Zwecke und sein und seiner Familie Interesse handelt.

Bürgerliche Wohltätigkeit. Die „Deutsche Eichenhof-Gesellschaft“ in Prag will etwas zur Erwerbung eines Schülerheims für bedürftige Mittelschüler im Riesengebirge tun. Das wäre an sich loblich. Aber wie ist dies dieser bürgerliche Verein? Er veranstaltet einen „Chrysanthemen-Rout“. Schon der Name sagt genug: unter einem „Rout“ versteht man eine Zusammenkunft der vornehmen Welt. Die Wohltätigkeit besteht zunächst im Reichtum und dann im Bedürfnis, sich es recht gut geben zu lassen. Drum läßt man sich einen solchen „Rout“ auch etwas kosten und zur Entschädigung schenkt man das Entree von 4 Kronen armen Mittelschülern statt dem Restaurant- oder Parkbesucher. Das Programm des „Routs“ beginnt mit „Tanz im Spiegelsaal“ und endet mit einem „Mitternachtskabarett im Säulensaal“ und in der „Bar“. Dazwischen gibt es abwechselnd „Tanzdiele“, „Bar“, „Tanz“, „Jazz-Band“ usw. Wie man sieht, ist dieser Gesellschaft kein Opfer zu groß, wenn es für bedürftige Mittelschüler gebracht wird. Um deren Bedürfnisse zu befriedigen, bedürfen die Gäste der vornehmen Eichenhof-Gesellschaft der Tanzdiele, des Jazz-Band und des Kabarett, wobei sie sich natürlich mit „Sandwiches“ und „Süßem“ hängen werden. So spielen sie die Wohltäter der Menschheit. Chrysanthemen geschmückt machen sie den Beitel, den sie den Armen, unter eigener Beteiligung, hinstellen, noch widerlicher, als für den Proletarier ohnehin jede „Wohltat“ aus bürgerlicher Hand ist.

Die eingeschlossene Cedo-Affäre. Vor einigen Wochen ging durch die ganze Presse der Bericht über die Affäre des Reisebüros „Cedo“, das sich großer Verwirrungen beim Verkauf von Fahrkarten der tschechoslowakischen Staatsbahnen sowie noch anderer nicht ganz ei wandfreier Manipulationen schuldig gemacht hat. Der „28. Kien“, der damals die ganze Sache aufdeckte,

klug die energischsten Töne an und auch die übrige tschechische Presse verlangte eine energische Revision bei der Gesellschaft „Cedo“. Es hieß damals auch, daß verschiedenes von den Behörden unternommen werde und daß man bereits usw. Zeither hat man aber über diese Affäre nichts mehr gehört. Es erweckt fast den Anschein, als ob man die ganze Affäre im Sande verlaufen lassen will. Die Öffentlichkeit hätte jedenfalls ein Recht darauf, zu erfahren, was in dieser Sache bereits geschehen ist und was noch geschehen wird.

Schlechte Monarchistenbanden. Aus Wien wird uns berichtet: Die Monarchisten werden seit einigen Tagen wieder Arbeitslose für ihre Sturmtruppe. Die Führung dabei hat der ehemalige Bezirkshauptmann und Baron Dahmen. Die „Arbeiter-Zeitung“ wird freitags die Erlebnisweise zweier Genossen veröffentlichen, die sich, um diesen ganzen Treibereien auf die Spur zu kommen, anwerben ließen. In Versammlungen, an denen ehemalige Offiziere und Frontkämpfer teilnehmen, fordert dieser Dahmen auf, Waffen mitzunehmen und, wenn die roten Hunde in den Weg kommen, sie niederzuschießen. Tatsächlich ist es Donnerstag nachts an zwei Stellen in Schieferereien der Monarchisten gekommen. Auf dem Freiheitsplatz bei der Universität rissen Monarchisten sozialdemokratische Plakate ab; nach einer Auseinandersetzung mit Arbeitern gaben die Monarchisten auf der Flucht vier Schüsse und später gegen die verfolgende Polizei noch einen Schuß ab. Bei einem Verhafteten wurde ein Totschlüssel gefunden. Er gibt an, daß er mit fünf Kameraden christlichsoziale Aufrufe anschlagen sollte und zum Schutze gegen Angriffe mit Waffen versehen worden sei. Auf dem Abergang wurden einige Genossen, als sie sozialdemokratische Plakate anklebten, ebenfalls von Monarchisten überfallen, die einige Schüsse auf sie abgaben.

Das Plagiat als Messelplakat. Der Leitung der Prager Museen, vor allem ihrer Kommission zur Beurteilung und Auswahl der Plakate, entwirft für die Messelpropaganda, ist eine höchst peinliche Sache passiert: sie ist einem strengen Plagiat aufgefressen. Im Mittelpunkt der Affäre, die erst durch eine Feststellung des „Nordmährischen Grenzboten“ in die Öffentlichkeit getragen wurde und natürlich ein für die Messelleitung sehr unliebsames Aufsehen erregt hat, steht das von einem gewissen G. Hovorka im Jahre 1922 für die Vierte Internationale Messe in Prag „entworfen“ Werbeplakat, das einen auf einem Steine sitzenden Merkur darstellt. Das genannte Blatt stellt nun fest, daß das Plakat nichts anderes ist als Plagiat für Brunn und Strich für Strich die gestohlene Kopie eines im Jahre 1909 geschaffenen Selgenbildes „Prometheus“ des im Jahre 1916 in München verstorbenen deutschen Malers Otto Greiner. Hovorka hat dieses Bild abgezeichnet, dann dem „Prometheus“ ein Federbüschel aufgesetzt und Flügel an die Hüfte gemacht, und — „sein“ Merkur, die für ein Messelplakat verwendbare Gestalt, war fertig. Und die aus Künstlern bestehende Plakatsprüfungscommission der Museen ließ sich diesen Greinerischen „Prometheus“ für einen Hovorkaschen „Merkur“ aufbieten, obwohl das Greinerische Gemälde im Jahrgang 1921 von Verlagen und Altings Monatsheften in den Originalfarben wiedergegeben ist. Interessant wäre nur noch, zu erfahren, was Hovorka für „seinen“ Merkur bekommen hat. Offenbar war er bei der Berechnung seiner Ausleihgebühren nicht allzu großzügig.

Schneefälle in den Grenzgebirgen. Nach einer Meldung aus Mährisch-Schönberg ist in den letzten Tagen im Riesengebirge Schnee gefallen. Die Ränne des Gebirges, sowie auch die Gipfel der niedrigeren Berge sind bereits mit einer dünnen Schneedecke bedeckt, die ziemlich tief in die Täler herunterreicht. Auch im benachbarten Höhenzug des Glazer Gebirgszuges, so besonders auf dem Spiegeliger Schneeberg, hat sich Schneefall eingestellt. — Wie weiter aus Mährisch-Schönberg gemeldet wird, liegt auch auf der Tafelplatte und dem hohen Jeschann eine dünne Schneeschicht. — Der Eintritt der winterlichen Jahreszeit in den Grenzgebirgen ist auf die allgemeine Verschlechterung der Witterung in Mitteleuropa zurückzuführen, die in den letzten Tagen sich in tiefer gelegenen Gebieten bereits nachstrenge gezeitigt hat.

Der Preis des deutschen Buches unerhöhllich. Die Schlüsselzahl des Vorschusses deutscher Buchhändler wurde mit Wirkung vom 15. Oktober auf 1100 Millionen festgesetzt. Sie soll fortan täglich bekanntgegeben werden.

Brand eines Krankenhauses in Breslau. Ein mächtiger Brand wüete am Sonntag nachmittags in den Gebäuden des Breslauer Elisabethinen-Krankenhauses. Das Feuer soll durch Kurzschluss entstanden sein. Es griff mit ungeheurer Geschwindigkeit auf den ganzen Dachstuhl des Vordergebäudes über und griff besonders den Dächstuhl an. Das im Dachstuhl untergebrachte Mobilar von 30 Flüchtlingsfamilien wurde vernichtet. Der Materialschaden ist sehr groß, zumal er nur zum kleinsten Teil durch Versicherung gedeckt wird.

Zahlenlos. Unter diesem Titel bringt der Berliner „Vorwärts“ folgendes Stimmungsbild aus Berlin: In der heutigen Zeit des Zahlenraums kann man eine ganz interessante Entdeckung machen, wie sich der Zahlenreigen den Kaufenden gegenüber benimmt. Die Lebensmittelgeschäfte schreiben die Zahlen aus. Natürlich erlaubt man so keine Kränze und Kränze. Groß und in die Augen fallend, breitet sich die Zahl, die den Preis angibt, und winzig klein steht vor ihr die Angabe ein halbes oder ein Viertel Pfund. So, man ist schon bei ein achtel und ein zehntel Pfund angelangt, das heißt bei

sehr feineren Waren, z. B. Tee oder Kaffee. Andere Geschäfte bezeichnen den Preis ihrer Waren mit nulltönen Zahlen und machen durch Plakatausgang bekannt, die Zahlen bedeuten Millionen. Ganz beliebt es sich um Käufe, die man seltener tätigt, z. B. Wirtschaftsgüter, Stiefel, Möbel usw., so ist der Multiplikator erschlichen. Hin und wieder findet man, sogar bei Konserven, die Goldpreisberechnung. Ein eigenartliches Bild aber bieten die Schaufenster der Konfektion. Die ausgestellten Blusen, Röcke, Mäntel, Schürzen und dergleichen mehr sind bunteschillert, aber diese Schilder zeigen keine Preise an, sondern sie tragen Aufschriften wie „Hochmodem“, „Sanbarbeit“, „Im eigenen Atelier gearbeitet“, „Original Wien“, „Sehr feine“, „Reine Wolle“ usw. Das besagt nicht mehr und nicht minder, daß weder Geschäftsinhaber noch irgendein Mensch aus dem Publikum an Verkauf oder Kauf denken. Von den Vorübergehenden ist kaum einer mehr schaulustig, nur in den Abendstunden bleibt dann und wann mal jemand vor der Auslage stehen, um, wenn er auf die Elektrische wartet, der dringenden nötigen Lichtersparnis dabei eingedenk, schnell vor dem erleuchteten Schaufenster seine Zeitung zu lesen.

Ein Waise als Ainderquäler. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Der Pfarrer von Pardegg, Anton Gries, stürzte, so schänden Augenzeuger den Vorfall, am 3. d. M. die Straße von der Schule herunter, hinter sich ein unförmiges Bündel schliefend. Als dieses Bündel aber gellend schrie: „Sie erwürgen mich!“, da stellte sich dem hochwürdigen Mann der Postbote Peregrin Tich entgegen. Er wollte das Kind von seinem Peiniger befreien. „Herr Pfarrer, was treiben Sie mit dem Kinde?“ Aber der Pfarrer zerrte den wehrlosen Knaben, den er beim Kopf und Hemd tragen gepackt hatte, weiter. Von der Schule bis zur Post sind es hundert Schritte. Erst dort ließ der Pfarrer von seinem Opfer ab, das nun auf der Straße liegen blieb, und lief in das Haus des Ortsschulratsobmannes Alexander Zalk, bei dem sich der Knabe in Kost befindet. Salk und der Pfarrer kamen bald wieder heraus und stellten den Postbeamten. Dieser verteidigte sich: „Wer kann dies ansehen, was Sie mit dem Kinde treiben?“ Darauf der gebildete Stellvertreter Christi von Pardegg: „Das geht Sie einen Dreck an!“ Ursache dieser Gewalttat: Die Ainder hatten sich aus halben Nachschalen, Zotten und Holzstäbchen Knappstromeln gemacht. Deshalb zerrte der Pfarrer der Liebe den neunjährigen Johann Thaber, einen Schilling des Deutschen Schulvereines, der sich beim Ortsschulratsobmann in Pflege befindet, hundert Schritt am Kragen hinter sich her.

Der Flugverkehr in Oesterreich. Wie die „Wiener Allgemeine Zeitung“ erfährt, hat sich eine Flugverkehrsbeschränkung gebildet, die den Namen Autarkie-Flugverkehr A. G. führen wird und den Bau der Flugzeuge selbst durchführt. Der Flugbetrieb soll anfanglich nur bedarfsweise nach allen Plänen des Bundesamtes durchgeführt und für die nächsten Zeit für folgende Linien in Aussicht genommen werden: Fahrplanmäßige Post-, Paket- und Postamtliche Wien-Graz-Klagenfurt, Wien-Triest, Wien-Venedig. Die Fahrpreise dürfen nicht höher zu setzen kommen als die Fahrpreise einer Klasse des D-Zuges. Der Verkehr mit den verschiedenen Bundesländern wird in den nächsten Tagen und der nach Italien noch im Laufe dieses Jahres begonnen werden. Die Flüge werden von Mauer bei Wien aus erfolgen.

Die Frau im amerikanischen Erwerbsleben. Ueber die Stellung der amerikanischen Frau im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Vereinigten Staaten informiert das neueste amerikanische Jahrbuch „Women of 1923“ („Frauen von 1923“). Seit dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg sind für die Frau gewisse Tätigkeiten so selbstverständlich geworden, wie das Klavierpielen und Häfelarbeiten einige Generationen früher, so Straßenreinigung, Stoßen von Güternwagen, Legen von Mähten zu Wasser- und Gasleitungen, Kaufschulmängel, Fett und Staub und dergleichen haben für die moderne Frau nichts Abstoßendes mehr: sie ist heute als Arbeiterin in Docks, Werften und Bahnhöfen, ja sogar als Matrose auf Schiffen zu finden. Bewährt haben sich die Amerikanerinnen vor allem im Schmiedehandwerk; auch Holz-Zimmerleute, Maschinisten, Ziegelmacher, Holzhacker, Rechtsagenten sind viele von ihnen tätig. — Aber auch in die höheren Berufe beginnt die Frau einzudringen. Die Vereinigten Staaten zählten beim Anfang des neuen Jahres 1788 Advokaten, Richter und Beamte, 1787 Pfarrer, 14.617 Künstler, 7219 Ärzte, 1829 Zahnärzte, 1117 Architekten und 41 Ingenieure weiblichen Geschlechtes. Nicht weniger als achtzehn Millionen Frauen sind beruflich tätig; von 678 Berufen werden nur 33 nicht durch Frauen ausgeübt.

Die Zunahme der Auswanderung aus Deutschland. Die Zahl der deutschen Auswanderer, die im ersten Halbjahr 1923 von deutschen und holländischen Dänen abfahren, belief sich auf 40.872, davon 23.910 männlichen und 16.686 weiblichen Geschlechtes. Die Zahl ist seit dem Kriegsende in steter Zunahme, betrug im ersten Halbjahr 1921 11.303, im ersten Halbjahr 1922 11.303. Die Auswanderung erreichte im Juni dieses Jahres einen Hochstand, wie er seit Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht mehr beobachtet wurde. Die meisten deutschen Auswanderer gehen nach Südamerika; dagegen sind die Vereinigten Staaten so in den Hintergrund getreten, daß die Zulassungsquote die 1921 für Deutsche 68.000 betrug, nur zu 28 Prozent ausgenutzt wurde, während z. B. Frankreich 75 Prozent, Rußland 84 Prozent, Italien volle 100 Prozent ausnutzten.

Bei blystem Nebel vom Zuge überfahren. Der Streckenwärter Josef Vilai wurde auf der Bahnstrecke Breitensee-Penzing von einem Zug, den er wegen des blystem Nebels nicht

herankommen gesehen hatte, überfahren und auf der Stelle getötet.

Im Schnellzug tot aufgefunden. Im Coupé eines Mittwochsabends in Lemberg eingetroffenen Schnellzuges wurde einer der hervorragendsten polnischen Schauspieler, Michiel Tarasiewicz, tot aufgefunden. Die Todesursache ist noch nicht bekannt.

Die Gattin ermordet. Dieser Tage erschien auf der Gendarmereistation in Mähr. Schönberg ein Mann namens Wenzel Kruta mit einem blutigen Rasiermesser und gab an, daß er mit diesem Rasiermesser seiner eigenen Frau den Hals durchgeschnitten habe. Die Gendarmerei fand die Frau Marie Kruta auch in der Wohnung mit einer klopfenden Wunde am Hals bewußtlos auf. Eine Stunde nach ihrer Überführung in das Krankenhaus starb sie an Verblutung. Der Mörder gab an, seine Frau habe durch zehn Jahre an seiner Seite einen unstillbaren Lebenswandel geführt. Er wurde dem Gerichte eingeliefert.

Die Tragödie eines entlassenen Sträflings. Der Zellhändler Josef Epstein aus Mies war, wie seinerzeit berichtet, in der Nacht vom 12. November 1920 ermordet und einer namhaften Parität bestraft worden. Ein Böder, namens Wenzel Samka aus Mies, den man der Tat überführt hatte, wurde im März 1921 vom Wilsner Schwurgericht zu sechs Jahren schweren Arrests verurteilt. Dieser Tage entließ man nun Samka aus der Vorkostenanstalt „bedingt“. Da der entlassene Sträfling aber in Mies allgemein boykottiert wurde, warf er sich in seiner Verzweiflung in der Nacht auf Mittwoch nächst der Station Mies vor den herankommenden Personenzug und wurde sofort getötet.

Bei der Geleiserparatur vom Schnellzug überfahren. Zwischen den Stationen Semil-Bodenbach und Eisenbrod wurden dieser Tage die Arbeiter Josef Vyhlička und Klement Samáček, die mit der Reparatur der Eisenbahnschienen beschäftigt waren, vom herankommenden Pöschschnellzug überfahren und getötet. Das Unglück geschah dadurch, daß um diese Zeit — es war in den Morgenstunden — ein dichter Nebel herrschte und auf der benachbarten Strecke der Lokaliz nach Tannwald fuhr, so daß die Arbeiter den Schnellzug nicht herankommen hörten. Der Lokomotivführer bemerkte die Arbeiter zu spät, so daß er weder den Zug zum Stehen bringen, noch ein Bremsignal geben konnte.

Masernepidemie in Eger. Unter den Schulkindern in Eger grassiert nach einer Meldung des „České Slovo“ eine Masernepidemie. In mehreren Schulen sind zahlreiche Kinder erkrankt.

Pünktlichkeit bei der Abfahrt der Züge! Das Eisenbahnministerium teilt mit: Von allen Kriegs- und Nachkriegsarten des reisenden Publikums ist die Pünktlichkeit beim Einsteigen in die Züge auffallend. Damit die Züge keine Verspätung erleiden, waren die Zugführer bisher gezwungen, die Reisenden zum Einsteigen mündlich und durch Pfeifen auszufordern, obwohl allgemein bekannt ist, daß das Jodeln und die Regelmäßigkeit des Verkehrs es erfordert, daß jeder Reisende sofort ohne Verzug einsteige und die Züge nicht verzögere. Da das Pfeifen der Zugführer die ganze Umgebung benachrichtigt und nicht unerlässlich notwendig ist, hat das Eisenbahnministerium angeordnet, daß die Zugführer bei der Abfahrt von Personen- und Schnellzügen nun nicht mehr pfeifen dürfen; bloß der Zugführer pfeift einmal zum Zeichen, daß der Zug wegfährt. Es wird demnach nur zum Zeichen des Reisenden sein, wenn er nicht rechtzeitig einsteigt. Auf bereits in Bewegung befindliche Wagen aufzuspringen, ist aus Sicherheitsrücksichten streng verboten und strafbar.

Weiterüberblick vom 18. Oktober. Bei meist bewölktem Himmel herrschte am Mittwoch ruhiges Wetter. Schwache Niederschläge in Böhmen überstiegen nicht einen Millimeter Wassermenge. Die Nachmittagstemperaturen waren zwei bis drei Grad Celsius niedriger als am Vortage. Die durchschnittlichen Temperaturen blieben unternormal. Wahrscheinliches Wetter von heute: Fortdauer der herrschenden ruhigen Witterung.

Brager Chronik.

Aus dem Polizeibericht.

Der beschäftigungslose Josef Milet hatte sich einen wirksamen Trick eronnen, mit dessen Hilfe er, ohne sich besonders anstrengen zu müssen, glänzend leben konnte. Milet gab sich nämlich als „Redakteur“ aus und entlockte verschiedenen Kaufleuten Geldbeträge unter der Vorpiegelung, er werde ihr Lichtbild in ein Album der Hauptrepräsentanten der tschechoslowakischen Industrie- und Handelswelt, dessen Herausgabe er vorbereite, aufnehmen. Auf diese Weise „machte“ er an Vorjahren den anfälligen Betrag von 20.000 K. Aber das Album erschienen nicht. Dagegen ließen bei der Polizei bald Anzeigen gegen den „Redakteur“ ein. Beim Verhör gab er an, er habe die Vorläufe für Reklamewerke verwendet. — Gestern kurz vor Mittag schaute in der Narodní třída ein Pferd, rannte unkontrolliert bis zum Schuhgeschäft „Dumarek“ auf dem Bergstein wo es die Geschäftstür durchbrach. Durch die Glasscherben wurde ihm die Brust bis auf die Lunge zerfleischt, und die Hirsabern durchschnitten. Es mußte sofort getötet werden. Der vierjährige Wagen, den es führte, ging dabei vollständig in Trümmer. Die Zufassen erlitten keine besonderen Verletzungen. Der Vorfall hatte eine so große Menschenansammlung zur Folge, daß Polizeibereitschaft ausgedient werden mußte. — Gestern am drei Uhr früh gelang es dem 24jährigen Anton Krejčí aus Eger aus der psychiatrischen Abteilung des Garnisonsspitals am Karlsplatz zu entweichen. Vor seiner Flucht verwendete er den Betrag von 5131 K und zahlreiche Schmudfäden, legte sodann die Anstaltskleidung ab und veranfaßte sie mit einer Zwillingsklinge. Er beschaffte sich jedenfalls ein Automobil, mit dem er nach Eger gereist ist, um die Grenze zu überschreiten. Die polizeilichen Nachforschungen sind im Gange.

Kleine Chronik.

Der Nadelverbrauch der Welt. Die Zahl der täglich hergestellten Nadeln ist ungleich groß. In England werden täglich etwa 34 Millionen Nadeln auf den Markt geworfen; es ist bei weitem der größte Nadelzeuger; die Zahl der täglich in Frankreich produzierten Nadeln wird mit 20 Millionen angegeben, die in Deutschland mit zehn Millionen. Des weiteren allein 81 Millionen Nadeln, die jeden Tag in den wichtigsten Ländern Europas die Fabriken verlassen. Würde man diese Nadeln eines Tages alle in einer Linie hintereinander legen, so würden sie die Hälfte des Weges über den Atlantischen Ozean nach Amerika bedecken. Mit der Produktion weniger Wochen könnte man den ganzen Erdkreis mit einem Band von Nadeln umgeben. Die Nadeln werden viel weniger durch Abnutzung verbraucht als durch Verlieren. Man schätzt, daß jeden Tag in Europa ebenso viel Nadeln verloren werden, wie die Hauptländer an Nadeln herstellen, nämlich 81 Millionen. Nimmt man die Bevölkerung Europas mit 240 Millionen an, so würde jeder Mensch jeden dritten Tag durchschnittlich eine Nadel verlieren. Dieser tägliche Verlust an Nadeln beläuft sich auf mehr als 1000 Pf. St. Um diese Bedürfnisse der nadelverlierenden Menschheit zu befriedigen, werden sie schneller hergestellt, als man sie zählen kann. Es ist nur eine Sache von wenigen Sekunden für die Maschinen, um den Draht in die richtige Länge zu schneiden, den Kopf herzustellen, die Nadel zu spitzen, zu polieren, und auch das Sortieren und Aufwickeln in Papier nimmt nur ganz geringe Zeit in Anspruch.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Arbeitsunterbrechung im Ostaukarwiner Revier.

Der zu Beginn der vorigen Woche im Ostaukarwiner Revier wieder aufgenommenen Arbeit mit normaler Förderung droht die Gefahr einer neuen Unterbrechung, und zwar infolge Waggomangel. Nachrichten aus Mähr. Ostau besagen, daß die Schwierigkeiten in der Waggomstellung bereits einen so bedenklichen Grad erreichten, daß man vor der Reduzierung der Förderung, bezw. vor der Einstellung der Kohlenbetriebe an einigen Tagen in der Woche steht, wenn nicht ungesäumt eine Besserung dieses Zustandes eintritt. In einigen Revierbetrieben wurden in Laufe von zwei Tagen auf den Halben gegen 14.000 Zentner Kohle aufgehäuft und es wird durchschnittlich nur ein Drittel der erforderlichen Waggons bereitgestellt. Der fühlbare Waggomangel ist daraus ersichtlich, daß einzelne Direktoren sich aus ihren Gruben nicht in genügendem Maße versorgen können und infolgedessen in den 1. Oktober eine Einschränkung des Betriebes droht. Es ist nicht einmal eine genügende Anzahl von Waggons vorhanden, um die gesamte Grottole abzutransportieren, also eine Sorte, deren Förderung verhältnismäßig gering ist.

Der Mangel an inländischen Waggons wird zwar durch die im Reviere befindlichen deutschen Waggons gemildert, die Bahnleitung gestattet aber die Benutzung dieser Waggons nur in der Richtung nach Oberberg und Jagerndorf, so daß es nur teilweise möglich ist, den auf dieser Strecke befindlichen Unternehmungen Kohle zu liefern. Die übrige Industrie und hauptsächlich die Zuderfabriken, welche notwendig Kohle brauchen, können nicht einmal die notwendige Kohle erhalten. Abgesehen von den der ganzen Industrie infolge des Kohlenmangels erscheinenden Schäden ist auch die Bergarbeiterchaft bedroht, welche notwendigerweise eine Reduktion der Kohlenförderung schwer treffen würde.

Obwohl es eine alte Erfahrung ist, daß der Waggomangel permanent, besonders arg aber im Herbst fühlbar wird, tut die Regierung nichts, um diesen Stand zu beseitigen. Es wäre doch sicherlich mehr im Interesse unserer Volkswirtschaft und des ungehinderten Fortganges der Produktion getan, wenn das viele Geld, das die ungenutzten, mehr lächerlichen als notwendigen Reparationen und Reparationen des Eisens kosten, für die längst fälligen und wiederholt angekündigten Investitionen im Eisenbahnbetriebe verwendet würden.

Kann Triest der Ein- und Ausfuhrhäfen der Tschechoslowakei werden?

In der letzten Zeit gingen insbesondere durch die tschechische Presse Nachrichten von einer Wiederbelebung des Triester Hafensverkehrs. Angeblich sei es möglich, daß insbesondere nach der Tschechoslowakei die überseeischen Importe über Triest gehen und daß auch tschechoslowakische Exportwaren über Triest befördert werden können. Diese Möglichkeiten wurden in Zusammenhang gebracht mit den Ereignissen in Deutschland, denn alle überseeischen Nahrungsmittel und industriellen Rohstoffe, die die Tschechoslowakei benötigt, gehen über deutsche Häfen und werden mit deutschen Bahnen befördert. Wenn nun durch irgendwelche innerpolitische Ereignisse dieser Importstoden würde, wäre nach Meinung gewisser tschechoslowakischer Volkswirtschaftler der Transport über Triest möglich. Daß dies nicht so einfach ist, wird nun in der „Konsumgenossenschaft“ folgendermaßen auseinandergesetzt:

Unsere wichtigsten Lebensmittel und beinahe alle Kolonialwaren passieren deutsche Häfen und werden mit deutschen Waggons befördert. Unsere ganze Ernährung hängt also von der ordnungsgemäßen Abwicklung des deutschen Verkehrs ab. Die heftigen Lagerbestände werden sehr knapp gehalten und die Händler und Konsumenten im Inlande leben sozusagen „von der Hand in den Mund“. Wenn nun in Deutschland

irgendwelche innerpolitische Verwicklungen eintreten, die Streiks mit sich bringen, so ist unsere Ernährung sehr gefährdet. Theoretisch wäre wohl der Seeweg über Triest möglich, praktisch aber nicht, oder nur unter ganz kolossalen Opfern durchführbar. Von New York nach Triest verkehren vielleicht im Monat ein oder zwei Dampfer mit amerikanischem Schweinefett. Der Transport nach Triest dauert länger und ist an und für sich um vielleicht einen Dollar teurer als in Hamburg. Ein weiteres schwieriges Moment, welches Transporte über Triest in größerem Maßstabe beinahe unmöglich macht, ist das Fehlen von Rüstfrachten ab Triest nach New York, die Schiffe müßten also leer nach Hause schwimmen. Dies bedeutet nicht nur eine weitere Verteuerung, sondern erhöht auch die Risiken des Reeders. Reis wäre wohl leichter ab Triest zu beziehen, doch sind die dort gängbaren Sorten bei uns durchaus unbekannt und auch unbeliebt. Resten sind diese Sorten auch viel teurer, so daß die Transporte, wenn wir sie über Triest führen müßten, mancherlei Schwierigkeiten und vor allem höhere Preise im Gefolge hätten. Verhältnismäßig leichter wäre es mit Kaffee, denn Triest ist ein alter Kaffeehafen, wenn er auch heute auf diesem Gebiete natürlich nicht annähernd das ist, was er im alten Oesterreich war. Im großen und ganzen wäre das Kaffeegeschäft über Triest aber doch rascher umzustellen. Sehr schwierig würde sich der Import von Tee und verschiedenen Gewürzen und amerikanischem Fleisch oder gar von Heringen über Italien stellen. Dies würde nicht nur verschiedene technische Komplikationen bedeuten, sondern, wie auch schon einige Male erwähnt, ganz besonders höhere Preise. Aber auch der Export über Deutschland könnte natürlich große Schwierigkeiten erleiden. Ein großer Teil unserer Zulieferung geht über deutsche Häfen. Also auch die Zuderproduktion könnte durch die eingangs geschilderten Erscheinungen in Schwierigkeiten geraten. Ähnlichem Einfluß würden auch alle anderen, über Deutschland exportierenden Industrien unterliegen.

Des deutschen Proletariates Not. Das Niveau der Großhandelspreise hat sich nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes in der Zeit vom 9. bis 16. Oktober um 255.4 von Hundert auf das 1000millionenfache des Friedensstandes gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen Einfuhrwaren auf das 1.525millionenfache, Inlandwaren auf das 1.006millionenfache und Lebensmittel in Großhandel auf das 898millionenfache. Schließlich Industriefstoffe auf das 1.570millionenfache des Friedensstandes. — Aus dieser, natürlich längst überholten Berechnung bekommt man eine Ahnung von dem Ausmaß bitteren Elends, in dem sich das deutsche Proletariat befindet, das heute zum größeren Teil arbeitslos ist, oder, sofern es in Arbeit steht, Löhne bezieht, die bei dem Wertfall mit der katastrophalen Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsgegenstände weit zurück bleibt.

Das Internationale Arbeitsamt und die Sozialversicherung. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beschloß, auf die Tagesordnung der internationalen Arbeitskonferenz des Jahres 1925 (!) die Frage der allgemeinen Grundsätze der Sozialversicherung und insbesondere des Arbeiterunfalles zu setzen. Der Direktor des Arbeitsamtes wurde beauftragt, eine Darstellung über die gegenwärtige Sozialversicherungsgesetzgebung vorzulegen. — Das Internationale Arbeitsamt scheint also die Dringlichkeit der Sozialversicherung im gleichen Maße erkannt zu haben, wie die Regierung der Tschechoslowakei.

Devisenkurse.
Prager Kurse am 18. Oktober.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1362.80	1566.50
1 Millionäre Mark	8.75	5.75
100 Belg. Francs	180.-	181.50
100 Schweiz. Francs	922.50	925.00
1 Pfund Sterling	155.7500	157.2500
100 Lire	157.5000	159.0000
1 Dollar	34.5000	34.7000
100 francs. Francs	209.5000	211.0000
100 Dinar	40.87 50	41.37 50
1.000 ungar. Kronen	18.50 00	20.50 07
10.000 poln. Mark	0.30 25	0.31 75
10.000 öherr. Kronen	4.92 50	5.12 50

Verlangen Sie Palma



Kautschukabsatz und Schle
von Ihrem Schuhmachermeister — Billiger als Leder. — Schonem Nerven, Füße & Schuhe.

Die tschechische Krone notiert in:
Paris Schw. Fran. 16.61 25
Berlin Mark 204.000.000 00
Wien öherr. Kr. 2120 00

Aus der Partei.
Arbeitskonferenz Bodenbach. Sonntag, den 18. November, vormittags 9 Uhr, findet in der Volkshalle in Bodenbach die diesjährige Arbeitskonferenz statt. Auf der Tagesordnung stehen: Berichte, unsere nächsten Aufgaben, Wahl der Delegierten zum Parteitag, Entwurf der Arbeitsvereinigung und Freie Anträge.

Turnen und Sport.

Kommende Wettspiele. Prag: Samstag: Meisterschaft 1. Klasse: Sparte gegen Kufelitz SK. — Freundschaftsspiele: Viktoria Kufelitz gegen Slavia Kufelitz in Kufelitz. — Sonntag: Meisterschaft 1. Klasse: Čechie Karlin gegen MŠK. Kofin, MŠK. Vesovice gegen MŠK. Karlin SK. — Freundschaftsspiele: Slavia gegen TSC, Kufelitz SK. gegen MŠK., Viktoria Zlávov gegen Meteor Vinohrady. — Práha: Sonntag: Maffabi gegen Moravská Slavia, Jidencé gegen Maffabáa-Prešburg. 28. Oktober: Slavia-Prag gegen Moravská Slavia. — Die Wiener Meisterschaftswettspiele gelangen diesmal durchwegs am Samstag zur Austragung, da Sonntag Wahltag ist. — Das Länderspiel Norwegen-Deutschland findet am 4. Nov. in Hamburg statt. Die deutsche Mannschaft lautet: Zuhlschütz I. FC. Nürnberg; Risse-Tüffelhof und Bache-Perlin; Schmidt, Ra.b, beide I. FC. Nürnberg und Krause-Riel; Leip, Reismann, beide Dresden, Händer-Hamburger SV., Wieder, Suter, beide I. FC. Nürnberg. Die Spieler der Spielvereinigung Fürth wurden mit Rücksicht auf das am selben Tage stattfindende Treffen Slavia-Fürth in Prag nicht aufgestellt.

Mitteilungen aus dem Publikum.



OSRAM NITRA

Mehr Licht bedeutet mehr Leistung.

OSRAM NITRA
muß auf den Glasglobe stehen

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Golln.

Bio-Programm
vom 19. bis 25. Oktober.

SANSSOUZI Pathé-Journal
Das Erdbeben in Japan.
Die Expedit. auf dem Mt. Everest.
Der größte Kulturfilm der Welt.
Das Hotel zur Wildente.
Eine ausgezeichnete amerikanische Groteske.
Jugendliche haben Zutritt.

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Relazanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
Prag, Smekch 22 (Urania). 1060

Gastwirtschaft „Lidovy dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich. **PRAG II.,** Hybernská Nr. 7. Konzert

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.